



ANWÄLTIN DES STANDORTS

Die Industriellenvereinigung
als unabhängiger Partner
der Politik



„MINT-GIRLS“-CHALLENGE
Wettbewerb für MINT-Talente
geht in nächste Runde

Seite 8



NIEDERÖSTERREICH
Neue Impulse bei der Jungen Industrie

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

USA UND EU
Potenziale der transatlantischen
Partnerschaft

Seite 2



Industrie 2024 Reichen Anstellung“



„MINT-Girls Challenge“ geht in die nächste Runde

Der bundesweite Wettbewerb „MINT-Girls Challenge“ begeistert Mädchen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Bis 23. Februar 2025 können wieder innovative Ideen eingereicht werden.

Am 5. September gaben Frauenministerin Susanne Raab, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher sowie IV-Generalsekretär Christoph Neumayer bereits zum vierten Mal den Startschuss für die österreichweite „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll bei Mädchen und jungen Frauen das Interesse für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) wecken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Warum die „MINT-Girls Challenge“ so wichtig ist

Drei von vier Industrieunternehmen kämpfen seit vielen Jahren mit Personalproblemen im MINT-Bereich; und auch in der Rezeption bleibt die Personalsuche nach MINT-Talenten eine Herausforderung. Gleichzeitig wird aber nur knapp ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt. Da sich die Situation nur langsam verbessert (Wachstum Frauenanteil in zehn Jahren von 20% auf 23%), wurde von BMAW, BKA und Industriellenvereinigung vor drei Jahren die „MINT-Girls Challenge“ gestartet.

Mit MINT die Probleme unserer Zeit lösen

Unter dem diesjährigen Motto „Let's do change“ werden Mädchen eingeladen, innovative MINT-Ideen zu entwickeln, die die Welt nachhaltiger, lebenswerter und zukunftsfitter machen. Umgesetzt werden können diese Lösungen zum Beispiel als Video, Text oder als Werkstück. Auf



IV-Generalsekretär Neumayer, Wirtschaftsminister Kocher und Frauenministerin Raab mit jungen MINT-Talenten.

die Gewinnerinnen warten attraktive Sachpreise und aufregende MINT-Erlebnisse von führenden österreichischen Technologieunternehmen. „Wer schon in jungen Jahren Fragen stellt, sich dafür interessiert, wie die Welt um uns herum funktioniert, die oder der kann

im MINT-Bereich schon morgen Karriere machen und gleichzeitig mithelfen, die Welt zu verbessern. Wir wollen ganz besonders Mädchen motivieren, hierbei mitzuwirken“, bringt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer den Kern der „MINT-Girls Challenge“ auf den Punkt.

MINT-GIRLS CHALLENGE

- Einreichschluss: 23. Februar 2025
- Infos und Einreichung: www.mintgirlschallenge.at
- Zielgruppe: Mädchen und junge Frauen von 4–19 Jahren
- Ziel: Einreichung einer MINT-Idee, die auf ein SDG (Sustainable Development Goal) abzielt

Bildung: Hohe Investitionen, dennoch Verbesserungsbedarf

Die OECD hat das Bildungssystem Österreichs unter die Lupe genommen. Insbesondere in der frühkindlichen Bildung gibt es Nachholbedarf. Die Industriellenvereinigung hat Lösungsvorschläge.

Die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt bildungspolitische Weichenstellungen für einen attraktiven Bildungs- und Wirtschaftsstandort auf. Heuer lag der Schwerpunkt insbesondere auf Bildungsinvestitionen, Bildungsverläufen sowie Lehrkräften und dem Lehrumfeld.

Zentrale Erkenntnisse für Österreich

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung variiert in Österreich stark nach Region und sozialökonomischem Hintergrund der Familien – obwohl sie den besten Start in erfolgreiche Bildungskarrieren ermöglicht.

Zwar sind die Investitionen in den Bildungsbereich insgesamt hoch, doch auf den zweiten Blick lässt sich erkennen,

dass die frühkindliche Bildung ein vergleichsweise kleines Stück des Budgetkuchens erhält – trotz klarer Evidenz, dass sich Investitionen in den Kindergarten volkswirtschaftlich mindestens achtfach rentieren.

Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 29, die sich weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit befinden, ist in Österreich seit 2016 nicht gesunken. Sie liegt weiterhin bei 12% – trotz Einführung der Ausbildungspflicht bis 18.

Der Lehrkräftemangel ist in ganz Europa ein drängendes Problem. Auch in Österreich stellen die Überalterung der Lehrkräfte und die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten eine große Herausforderung für das Bildungssystem dar. Bis 2030 gehen in Österreich 125.000 Lehrpersonen in Pension.

Aus aktueller Sicht entsteht dadurch eine Lücke von 20.000 Lehrpersonen.

Lösungsvorschläge

Die IV hat zielgerichtete Lösungsvorschläge, um diesen Missständen im österreichischen Bildungssystem entgegenzutreten:

In der Elementarbildung wird die Basis für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt. Darüber hinaus werden soziale Kompetenzen und Sprachfähigkeiten entwickelt. Die IV tritt daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ein.

Kinderbildung und -betreuung muss in Österreich ab dem ersten Lebensjahr garantiert werden und mit Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile vereinbar sein. Dafür braucht es künftig einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Gemeinden.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind fundamentale Kompetenzen. Dementsprechend muss die Vermittlung dieser Grundkenntnisse im Rahmen einer Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe im Zentrum stehen. Durch die Entwicklung eines Stärkenportfolios über diesen Zeitraum sollen die Schülerinnen und Schüler zudem über sich selbst, ihre Stärken und Talente besser Bescheid wissen und basierend darauf die richtige Bildungs- bzw. Berufswahl treffen.

Es braucht ein klares Berufs- und Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen, um das professionelle Rollenverständnis und Selbstverständnis der Lehrkräfte zu stärken. Ein solches Leitbild würde die Rolle der Pädagoginnen und Pädagogen künftig aufwerten und für Studieninteressentinnen und -interessenten Orientierung bieten.

Bundestagung der Jungen Industrie

Unter dem Motto „Feuer am DACH – wie schaffen wir den Turnaround?“ drehte sich alles um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren war Vorarlberg wieder Gastgeber der Bundestagung der Jungen Industrie: Von 3. bis 5. Oktober 2024 trafen sich rund 120 Mitglieder der JI aus allen Bundesländern, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Zukunftsperspektiven für die Industrie zu diskutieren.

Einmaliger Auftakt in der Johanniterkirche

Der Auftakt der Bundestagung fand in der Feldkircher Johanniterkirche statt, die zum ersten und wohl einzigen Mal für eine Veranstaltung dieser Art geöffnet wurde.

„Gerade wegen der herausfordernden Zeiten ist es unsere Aufgabe als Junge Industrie, positiv in die Zukunft zu blicken und konsequent bei unseren Themen und Forderungen zu bleiben“, eröffnete Bundesvorsitzende Julia Aichhorn die Bundestagung mit ihrer Rede. Die anschließende Keynote von Franz Schellhorn, Leiter der Denkfabrik Agenda Aus-



Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Unternehmer aus dem DACH-Raum zu aktuellen Herausforderungen in der Industrie.

tria, schlug in dieselbe Kerbe. Darin stellte er drei Forderungen an die künftige Bundesregierung, um Österreich wieder wettbewerbsfähig zu machen: „Erstens braucht es eine Ausgabenbremse wie in der Schweiz, um den Reformdruck zu erhöhen. Zweitens muss die Politik aufhören, Teilzeit steuerlich zu subventionieren. Drittens braucht Österreich eine Schulreform“, so Schellhorn.

Was andere Länder besser machen, versuchte die Moderatorin des Abends, Anna Hilti (Vorsitzende JI-Vorarlberg), in der folgenden Podiumsdiskussion mit Franz Schellhorn, Julia Aichhorn, Fabian Frick (CEO Hoval und Vizepräsident Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer), Stefan Aichbaur (H&Z Management Consulting, München) und Fabian Pernstich (Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell) zu erarbeiten. Die Referenten aus dem DACH-LI-Raum beleuchteten die Stärken und Schwächen ihrer Länder und veranschaulichten, was diese jeweils voneinander lernen können. Grundtenor war, dass die Überregulierung auf nationaler und EU-Ebene zunehmend zum Problem wird – auch in der Schweiz und in Liechtenstein.

„Amerika innoviert, China imitiert und Europa reguliert“ – leider hat diese Überspitzung einen wahren Kern und die Politik muss alles daran setzen, dass uns Amerika und China nicht noch weiter abhängen“ – mit diesen Schlussworten beendete Anna Hilti die Diskussion und lud die Mitglieder zum anschließenden Diskutieren und Netzwerken ein.

Abwechslungsreiches Programm mit Betriebsbesichtigungen und Diskussionen

Der zweite Tag der Bundestagung führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu spannenden Betriebs-



Der abschließende Ausflug zum Lünensee wurde von Schneefall begleitet.



Bundesvorsitzende Julia Aichhorn bei ihrer Eröffnungsrede.

besichtigungen bei Rondo Ganahl, 11er und Hirschmann Automotive, wo die düstere wirtschaftliche Großwetterlage ebenso thematisiert wurde. Alle Betriebe beklagen ähnliches Leid: zu viel Bürokratie, hohe Lohnnebenkosten, viel zu große Steuerbelastung. Zudem brauche es seitens der Politik unbedingt Anreize, um Leute wieder in Vollzeitbeschäftigung zu bringen – zurzeit sei Teilzeit für Mitarbeiter weitaus attraktiver, was sich ändern müsse.

Nach den Besichtigungen diskutierte die Junge Industrie im beeindruckenden Peterhof in Furx weiter mit Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg, sowie den Architekten des renommierten Architekturbüros Baumschlager Eberle



Eröffnungsabend in der Johanniterkirche.

über aktuelle Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Österreich. Hartmann ging unter anderem auf die Lohnstückkosten ein, die in Europa nach Luxemburg am zweithöchsten gestiegen sind – um fast 35 Prozent seit 2019. „Die Produktivitätssteigerung kann damit unmöglich mithalten. Die Folge ist, dass wir uns aus allen Märkten preisen, Betriebe abwandern und die Arbeitslosigkeit steigen wird“, so Hartmann.

Das Resümee der Tagung wurde am dritten Tag beim malerischen Lünensee gezogen: Begleitet von Schneefall und einer traditionellen Brettljause diskutierten die Mitglieder ein letztes Mal, bevor alle die Heimreise antraten.

Positive Bilanz und Ausblick

Die Bundestagung der Jungen Industrie 2024 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Austausch und Vernetzung in der jungen Industrielandschaft sind. „Wir freuen uns sehr über das große Interesse und die spannenden Gespräche, die wir in den drei Tagen führen konnten“, resümiert Anna Hilti. „Es ist wichtig, die Zukunft der DACH-Region gemeinsam zu gestalten und Strategien zu entwickeln, um den Herausforderungen der Deindustrialisierung zu begegnen.“



ÖSTERREICH VS. ZUKUNFT

Wer führt die Mannschaft an? Und wer wird am Ende gewinnen?

Österreich hat gewählt. Und zwar historisch. Noch nie war eine FPÖ auf Platz eins oder eine Sozialdemokratie auf Platz drei. Auch die ÖVP kann sich bei Weitem nicht über den zweiten Platz freuen, denn auch sie hat etwas mehr als elf Prozentpunkte verloren. Eine stabile Regierung zu bilden wird eine große Herausforderung – aber mindestens so wichtig ist die Botschaft des Wahlergebnisses: Die Menschen haben genug vom bisherigen Kurs. Sie sind unzufrieden mit der Politik und dem System der letzten Jahre.

Unsere Bürokratie wächst unaufhaltsam, und als Unternehmer steht man vor immer größeren Herausforderungen. Wir kämpfen mit steigenden Lohnkosten und schwindender Wettbewerbsfähigkeit, während die Politik eine „Vollkasko-Mentalität“ etabliert hat: Der Staat übernimmt für alles die Verantwortung und verteilt, als gäbe es unbegrenzt Ressourcen. Dieses „Geld wächst auf Bäumen“-Denken hat sich tief in die Gesellschaft eingegraben. Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass Wohlstand erarbeitet werden muss – in der Bevölkerung ebenso wie in der Politik.

Doch wir stehen am Scheideweg. Nach drei Jahren Rezession und alarmierenden Budgetdefiziten sind wir gezwungen, die Prioritäten neu zu setzen. Die Staatsfinanzen sind angeschlagen und der finanzielle Spielraum wird enger. Es reicht nicht mehr, sich von Wahl zu Wahl mit kurzfristigen Lösungen zu retten. Österreich braucht jetzt eine klare Vision, wohin die Reise gehen soll. Wollen wir ein Land sein, das langfristig wettbewerbsfähig und innovativ bleibt? Oder setzen wir weiterhin auf ein Sozialsystem, das von immer weniger Menschen getragen werden kann?

Es ist Zeit, wieder mehr Eigenverantwortung ins Zentrum zu rücken. Die Menschen müssen verstehen, dass der Staat nicht für alles aufkommen kann. Unsere Aufgabe als Junge Industrie ist es, den Fokus auf nachhaltige Lösungen zu lenken. Wir fordern Einsparungen im Pensionssystem, eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung und verstärkte Investitionen in Bildung und MINT-Fächer. Nur so schaffen wir es, die Grundlage für eine starke Wirtschaft und eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zu legen.

Es braucht klare Visionen für die Zukunft: Was soll Österreich in zehn, 20 Jahren sein? Ein Land, das Eigenverantwortung und Innovation fördert, oder eines, das im Stillstand verharrt und von kurzfristigen Geschenken abhängig ist? Österreich muss sich entscheiden – und es ist Zeit für eine klare Richtung.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Erfolgreicher Austausch und neue Impulse bei der Jungen Industrie NÖ/Bgld

Das erste Halbjahr 2024 war geprägt von intensiver Vernetzung und Zusammenarbeit.

Die rund 100 Mitglieder der Jungen Industrie Niederösterreich/Burgenland (JI NÖ/Bgld.) nutzten im ersten Halbjahr 2024 zahlreiche Veranstaltungen, um sich regelmäßig mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern auszutauschen. Dabei konnten sie die Vielfalt und das breite Spektrum des österreichischen IV-Industrienetzwerks erleben.

Besonders die Online-Vortragsreihe „Talk about EU“, die vor der EU-Wahl im Juni stattfand, stieß auf großes Interesse. Hier lag der Fokus auf der Industriepolitik der Europäischen Union. „Wir wollten unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, sich vor der Wahl umfassend über die neuesten Entwicklungen in Brüssel zu informieren“, erklärten die JI NÖ/Bgld.-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer

und Steven Blaha. Die Experten vom Büro der IV in Brüssel sowie Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, analysierten gemeinsam mit den Teilnehmern die potenziellen Szenarien für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den kommenden Jahren und beantworteten die Fragen der Teilnehmer ausführlich.

Vielfältiges Programm

Im Rahmen einer Betriebsbesichtigung bei der OK Energie Haus GmbH im Burgenland, organisiert in Kooperation mit der JI-Steiermark, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblicke in innovative Bauprozesse gewinnen. Eine Besichtigung des Unternehmens Sunpor GmbH fand unter dem JI NÖ/Bgld.-Schwerpunkt „VerANTWORTung finden“ statt. Nach einer fesselnden Führung durch das hochautomatisierte Werk wurde an einem Round Table gemeinsam

mit Geschäftsführer Roman Eberstaller und Startup-Gründer Felix Ambros über die Verantwortung der Politik und der Industrie beim Thema Kreislaufwirtschaft diskutiert. „Wir wollen über zukünftige Herausforderungen offen sprechen, aber dabei auch Antworten auf diese Challenges finden“, erklärten die Co-Vorsitzenden Glocknitzer und Blaha unisono.

Zudem organisierte die JI NÖ/Bgld. einen Onlinevortrag von Malcolm Werchota von werchota.ai, der praktische Beispiele für den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Büroalltag vorstellte. Dazu waren auch die Mitglieder der JI-Wien sowie der JI-Vorarlberg eingeladen. „KI ist nicht nur ein Zukunftsthema, sondern bereits jetzt ein Werkzeug im Arbeitsalltag“, erläuterte JI NÖ/Bgld.-Geschäftsführer Zeno Montecuccoli. Aus diesem Grund wird sich die JI auch weiter intensiv mit dem Thema be-

schäftigen und KI als Wettbewerbsfaktor auch in Zukunft in der Programmgestaltung berücksichtigen.

Gemeinsame Erlebnisse

Jedes Jahr aufs Neue ein Highlight ist die Alpakawanderung, die heuer am 5. Juli im Industrieviertel stattfand. An diesem Event nahmen Mitglieder gemeinsam mit ihren Familien und Kindern teil. „Zum Netzwerk der Jungen Industrie gehören natürlich auch die Familien der Mitglieder. Die Alpakas sind jedes Jahr ein Highlight für Groß und Klein“, so Montecuccoli. Im Herbst 2024 stehen weitere Veranstaltungen auf dem Programm, darunter das JI Summer Closing gemeinsam mit der JI-Wien und die JI-Bundestagung in Feldkirch. Für den Winter ist neben einer Betriebsbesichtigung mit Young VOEB auch das nächste JI-Skiwochenende in Niederösterreich in Planung.



Der Vorstand der Jungen Industrie NÖ/Bgld.



Alpakawanderung in Niederösterreich mit Mitgliedern und deren Familien.



Teilnehmer der Betriebsbesichtigung bei der Sunpor GmbH mit GF Roman Eberstaller.



WEBTIPP

Wenn Sie Interesse haben, Mitglied zu werden, oder jemanden kennen, der gut in das Netzwerk der JI NÖ/Bgld. passen würde, besuchen Sie uns auf www.jungeindustrie.at!

Wann kommt die neue Brücke?

Eine wichtige Verbindung zwischen Ober- und Niederösterreich könnte bald stillgelegt werden – ein mahndendes Beispiel für lange Verfahren und Bürokratie, die Fortschritt blockiert und den Standort gefährdet.

Der Bau der neuen Brücke von Mauthausen, eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in Ober- und Niederösterreich, ist erneut ins Stocken geraten. Nachdem das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren (UVP) beansprucht wurde, liegt das Vorhaben nun beim Bundesverwaltungsgericht und steht somit wieder still.

Dieses Projekt, das bereits 2015 von den damaligen Landeshauptleuten Pröll und Pühringer initiiert wurde, sollte eigentlich dringend vorangetrieben werden, um die Region wirtschaftlich zu stärken. Fast neun Jahre nach dem Start gibt es jedoch kaum Fortschritte und die alte Brücke muss spätestens 2028 gesperrt werden.

Die Blockade des Brückenprojekts ist gravierend. Ohne eine neue Donau-Überfahrt drohen massive Nachteile für den länderübergreifenden Wirtschaftsstandort. Längere Umwege führen nicht nur zu höheren Kosten und Belastungen für die ansässigen Menschen, sondern auch zu negativen Umweltauswirkungen, da unnötige Strecken mehr Emissionen verursachen. Die Verzögerung des Baus gefährdet Arbeitsplätze

und beeinträchtigt die Lebensqualität der Bevölkerung in der Region erheblich. Eine leistungsfähige und verlässliche Infrastruktur ist das Fundament für den Wohlstand der Menschen und den wirtschaftlichen Erfolg der Region.

Das Projekt ist ein Beispiel für die wichtige Zusammenarbeit zwischen Oberösterreich und Niederösterreich und könnte als Best-Practice-Modell für interregionale

Kooperation dienen. Doch gleichzeitig zeigt es auf, wie schädlich langwierige Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität sein können. Wie auch die IV betont, ist der Ausbau der Infrastruktur von entscheidender Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und nachhaltige Entwicklungen zu fördern. Nur durch schnellere Verfahren und eine effiziente Umsetzung solcher Projekte

kann die Region ihre volle wirtschaftliche Stärke entfalten; nur so können die Bundesländer gemeinsam profitieren.

INFORMATION

2015 – Landeshauptleute Pröll und Pühringer fixieren Neubau der Brücke (Kostenprognose: 60 Mio. €).

2017 – Präsentation: Neue Brücke soll donauabwärts gebaut werden und danach die bestehende Brücke saniert werden.

2018 – Start Vorprojekt; Kosten haben sich mehr als verdoppelt (Kostenprognose: 125 Mio. €).

2020 – Die beste Variante wird fixiert, geplante Fertigstellung 2027 (Kostenprognose: 137 Mio. €).

2022 – Einreichung UVP-Verfahren (Kostenprognose: 168 Mio. €).

2024 – Positiver UVP-Bescheid ausgestellt (Kostenprognose: 230 Mio. €).

2024 – Beschwerden über UVP-Bescheid und Stopp aller Tätigkeiten (Kosten und Fertigstellung aktuell nicht abschätzbar).





Unser kürzlich über die Bühne gegangener Sommerausklang auf Schloss Luberegg war ein voller Erfolg. Trotz der schlechten Wetterbedingungen und des strömenden Regens zog die Veranstaltung rund 600 Gäste an, darunter Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien – allen voran unsere sehr geehrte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundesministerin Karoline Edtstadler; ein klares Zeichen für die Bedeutung der niederösterreichischen Industrie. Mein Dank geht an alle, die an diesem gelungenen Abend teilnahmen und dazu beigetragen haben.

Die Veranstaltung war klarerweise vom Wahlkampf für die damals nahende Nationalratswahl geprägt. Als Präsident der

IV-Niederösterreich ist mir der Austausch mit ALLEN im niederösterreichischen Landtag bzw. im Parlament vertretenen Parteien ein wichtiges Anliegen – denn nur durch eine offene und konstruktive Kommunikation können wir als IV die Interessen unserer Betriebe konsequent vertreten und gemeinsam etwas bewegen.

Fokus auf industrielle Herausforderungen

Unantastbar ist unsere politische Unabhängigkeit als Interessenvertretung. Doch wenn es um den Produktionsstandort geht, können wir niemals neutral sein. Die dringend notwendige Reduktion der Lohnstückkosten auf ein

SOMMERAUSKLANG IM ZEICHEN DER NATIONALRATSWAHL

Der sehr gut besuchte Industrie-Empfang Mitte September zeigte erneut die Bedeutung der Vernetzung und des Dialogs, gerade in Zeiten politischer Weichenstellungen.

konkurrenzfähiges Niveau, die Entlastung der Betriebe, die Schaffung fairer Rahmenbedingungen, um am Weltmarkt mithalten zu können, der Abbau unnötiger Bürokratie oder dass sich Leistung in diesem Land wieder lohnen muss, sind für uns nicht verhandelbar. Wichtiger als die Analyse von Wählerströmen, Wahlgewinnen oder -verlusten ist es, den Fokus unverzüglich auf diese industriepolitischen Herausforderungen zu legen. Wir benötigen rasch eine neue, handlungsfähige Regierung, die den Industrie- und Wirtschaftsstandort zur obersten Priorität macht. Gerade in der jetzigen Phase geopolitischer Unsicherheiten und technologischer Umbrüche brauchen Unternehmen Planungssicherheit. Was Österreich entbehren kann, sind parteipolitische Grabenkämpfe, die wertvolle Zeit und Ressourcen verschwenden.

Sieben konkrete Maßnahmen für den Standort

Die IV-NÖ fordert von der Politik und der künftigen Bundesregierung die Umsetzung folgender Punkte: die Schaffung von Anreizen zum steuerfreien

Mehrarbeiten, die massive Senkung der Lohnnebenkosten, Entbürokratisierung, die Einführung einer Lehrlings-Ausbildungsprämie, die Erhöhung der Forschungsprämie, die Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 sowie die Wiedereinführung eines Investitionsfreibetrags für Investitionen in die grüne und digitale Transformation.

Die Industrieunternehmen in Niederösterreich sind die Basis für die Wertschöpfung, die Beschäftigung, die Lebensqualität und den Wohlstand im Land – eine Tatsache, die parteiübergreifend anerkannt wird. Deswegen möchte ich mich ausdrücklich bei allen politischen Kräften bedanken, die sich gemeinsam mit uns für die Erhaltung und die Stärkung des Standorts einsetzen.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

Delegationsreise der IV-NÖ in die Ukraine

Niederösterreichische Wirtschaftsmission in den Raum Kiew im ersten Quartal 2025 geplant.

Die IV-NÖ plant eine hochrangig besetzte Wirtschaftsmission in den Raum Kiew, die voraussichtlich im Q1/2025 stattfinden wird, wenn es die Sicherheitslage zulässt. Ziel dieser Delegationsreise ist es, Kontakte zur Ukraine und zu Partnern vor Ort zu knüpfen. Die IV-NÖ möchte bereits jetzt tragfähige Brücken in die Ukraine bauen und wichtige Informationen zu Geschäftsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Region sammeln.

Schwerpunkte der Mission

„Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit stehen im Fokus unserer Gespräche. Wir sehen die Möglichkeit, österreichische Unternehmen aktiv in den Wiederaufbauprozess einzubinden“, erklärt Michaela Roither, Geschäftsführerin der IV-NÖ. Die ersten Kontakte wurden bereits über offizielle Stellen wie die Außenhandelsstelle in Kiew, die österreichische Botschaft sowie die ukrainische Energieagentur hergestellt. Die Delegationsreise bietet den Mitgliedern

der IV-NÖ die Möglichkeit, direkt vor Ort mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu sprechen und sich über Projekte und mögliche Kooperationen auszutauschen. „Wir als IV-NÖ sind proaktiv und wollen schon frühzeitig die Weichen für zukünftige Geschäftsbeziehungen stellen. Angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine ist es uns auch ein besonderes Anliegen, den Unternehmen und Menschen vor Ort Unterstützung und Perspektiven zu bieten“, betont Roither.

INFORMATION

Interessierte IV-NÖ-Mitglieder, die an dieser Delegationsreise teilnehmen möchten, können sich unter der E-Mail-Adresse niederoesterreich@iv.at anmelden. Es gilt das „First Come, First Served“-Prinzip.



„Wenn wir so weitermachen wie bisher, machen wir den Standort Österreich kaputt“

Felix Sorger, Geschäftsführer der FMW Förderanlagen GmbH in Kirchstetten, spricht über aktuelle Herausforderungen, Chancen und Strategien für die Zukunft.

Wie ist die aktuelle Geschäftslage bei FMW?

Heuer läuft es nicht ganz so gut wie in den vergangenen beiden Jahren. In den USA wird generell in Wahljahren weniger investiert; in Europa sehen wir eine Rezession, nach den starken Investitionen der letzten Jahre warten viele Unternehmen nun ab. In Asien gibt es genügend Projekte, aber besonders in China wird der Wettbewerb durch dortige lokale Firmen immer härter. Trotzdem bin ich für 2025 optimistisch, dass die Auftragsgänge wieder steigen.

Sie haben China erwähnt – was sind die größten Herausforderungen auf diesem Markt?

China ist nach der Corona-Krise sehr protektionistisch geworden. Es gibt dort plötzlich lokale Firmen, die direkte Konkurrenten von uns sind und die es früher nicht gegeben hat.

Sie haben 2018 die „FMW 2025“-Strategie gestartet. Was waren die wichtigsten Veränderungen?

Wir haben den Fokus auf Digitalisierung gelegt, Schulungsprogramme für unsere Mitarbeiter eingeführt und eine „Local to Local“-Strategie entwickelt. Das heißt, dass wir in den USA und China unsere Standorte stärken, um näher an den Kunden zu sein. Das gilt natürlich auch für Europa.

In den vergangenen Jahren gab es viele Krisen: Corona, Inflation, Energiekrise, Ukrainekrieg. Wie haben sich diese Ereignisse auf Ihre strategische Planung ausgewirkt?

Früher konnte man eine Strategie für sechs oder sieben Jahre festlegen, ohne dass viel Anpassung nötig war. Die Märkte waren stabil, man konnte langfristig planen. Heute sieht das ganz anders aus – man muss ständig auf Veränderungen reagieren und sich anpassen. Unsere Strategie ist heute breiter gefasst, um flexibel zu bleiben. Wir geben uns bewusst mehr Spielraum, damit wir schnell manövrieren können. Das ist für eine Firma unserer Größenordnung möglich, auch wenn wir unser Geschäftsmodell nicht von einem Tag auf den anderen komplett umstellen könnten. Aber wenn es nötig ist, sind wir bereit, uns entsprechend anzupassen. Flexibilität und schnelle Reaktion sind entscheidend.



Nachhaltigkeit ist in der Industrie ein großes Thema. Wie gehen Sie bei FMW damit um?

Nachhaltigkeit wird immer wichtiger, besonders durch die ESG-Vorgaben der EU oder den Green Deal. Für unsere börsennotierten Kunden müssen wir strenge Kriterien erfüllen, was für uns zusätzlichen Aufwand bedeutet, der immer mehr werden wird. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass das in Zukunft eine zusätzliche Belastung wird, aber hoffentlich wird man durch entsprechende Softwarelösungen den Anforderungen nachkommen können.

Wie sehen Sie den Fachkräftemangel? Haben Sie genug qualifizierte Mitarbeiter?

In den meisten Bereichen haben wir das Personal, das wir brauchen. In den technischen Bereichen, besonders bei Software und Elektronik, suchen wir allerdings schon lange nach Verstärkung. Der Vorteil für uns ist die Nähe zur HTL St. Pölten, von der jedes Jahr junge Talente für Praktika zu uns kommen. Wir stellen auch jedes Jahr ein paar ehemalige Praktikanten ein, die das Unternehmen schon kennen. Sie werden dann bei uns weiter ausgebildet. Das sorgt für eine langfristige Bindung. Wer bei uns anfängt, bleibt oft lange im Unternehmen.

Wie sieht es mit Expansionsplänen aus? Haben Sie vor, neue Märkte zu erschließen oder Ihr Produktportfolio zu erweitern?

Wir haben immer wieder Produkte, die wir in Österreich entwickelt haben und dann erfolgreich in die USA vermarkten konnten. Gleichzeitig gibt es in den USA Produkte, die in Europa noch keine Rolle spielen, die aber gut zu unserem Portfolio passen könnten. Hier sehen wir Potenzial, um den nordamerikanischen Markt stärker zu erschließen. Ein weiterer Fokus liegt auf China: Dort müssen wir unsere Produkte an die lokalen Anforderungen anpassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es gibt technologische Unterschiede, auf die wir reagieren müssen. Und dann ist da noch das große Thema Kunststoffrecycling: Die EU pusht das massiv, aber es gibt noch viele Ungereimtheiten, etwa wenn recyceltes Plastik teurer ist als neu hergestelltes. Hier müssen Mechanismen geschaffen werden, die eine konsequente Umsetzung unterstützen.

Wie sehen Sie Niederösterreich als Industriestandort?

Niederösterreich ist für ein Industrieunternehmen definitiv ein guter Standort, die Politik versucht durch unterschiedliche Anreize, das stetig zu verbessern. Die rasche Unterstützung, die nach dem

ZUM UNTERNEHMEN

Die FMW Förderanlagen GmbH (ursprünglich: Förderanlagen und Maschinenbau Wilhelmshaven) wurde 1962 im norddeutschen Wilhelmshaven gegründet. Es gab eine Niederlassung in Wien, deren Standort später nach Kirchstetten, Niederösterreich, übersiedelte – ursprünglich aufgrund der Nähe zur Zuckerindustrie. Heute ist FMW auf Fördertechnik für die Papier-, Zellstoff- und Biomasse-Industrie spezialisiert; es werden auch Anlagen für die Spanplatten- und Recycling-Industrie gefertigt. Mit 95 Mitarbeitern am Standort Kirchstetten sowie Niederlassungen in den USA und China bedient das Unternehmen weltweit Märkte in Europa, Nordamerika und Asien.

Hochwasser angelaufen ist, war etwa beeindruckend und hat stark geholfen.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Chancen und Risiken für den Industriestandort Österreich in den kommenden Jahren?

Wenn wir so weitermachen wie bisher, machen wir den Industriestandort Österreich kaputt. Die größte Chance sehe ich, wenn wir wieder eine kluge Industriepolitik betreiben. Österreich kann das – man muss sich nur anschauen, wie gut das in den vergangenen Jahrzehnten funktioniert hat. Österreich ist zwar kein großes Land, aber wir haben unglaubliche Unternehmen, unsere Hidden Champions. Die sind ein echtes Asset. Wir müssen unbedingt darauf achten, dass wir diese Unternehmen im Land halten. Wenn sie abwandern, wandern auch die Forschung und das Kapital ab, und dann bleibt von Österreich als Industriestandort nicht mehr viel übrig.

Wir müssen daher das Wissenskapital im Land halten, eine gute Standortpolitik betreiben und weiter in Forschung investieren. Auch Migration könnte eine Chance sein, wenn wir es richtig angehen – im Moment tun wir das nicht. Generell sollten wir die aktuellen Herausforderungen auch als Chancen sehen und nicht nur die Risiken im Blick haben.

